

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen
Verkehr monatlich 1.50 M., Einzelnummern 10 Pf.
Montroto Nr. 50 bei der Oberamtsparasse Reutenberg
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Romm. - Gef.
Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einschl.
Inf.-Steuer. Reklamezeile 40 Pfg. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Anstufertellung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. : In Konfliktfällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion Theodor Gae. für den lokalen Teil verantwortl. Karl E. Flum in Wildbad

Nummer 50

Februar 179

Dienstag, den 2. März 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Der Kampf um die Ratsitze

Am Kampf um die Ratsitze beteiligt sich eine ständig wachsende Zahl von Staaten. Täglich ändert sich das Bild. Nach den letzten Nachrichten stehen die Dinge gegenwärtig etwa so:

Deutschlands Anspruch auf einen ständigen Ratsitz wird nicht bestritten und vorläufig auch noch nicht an Voraussetzungen geknüpft. Polen, Brasilien und Spanien verlangen mit französischer Unterstützung und mit heimlichem Einverständnis Chamberlains gleichzeitig mit Deutschland einen ständigen Ratsitz. Das gleiche Verlangen soll auch China und Persien stellen wollen. Japan, Schweden und Norwegen haben sich auf der anderen Seite bisher gegen jede Erweiterung des Rates über Deutschland hinaus erklärt, und andere Länder, wie z. B. Holland, Dänemark, die Schweiz und vielleicht auch Belgien, scheinen ähnlich zu denken. Auch Rumänien und Jugoslawien haben offenbar wenig Freude an den polnischen Forderungen, die sie als Zurücksetzung ihres eigenen Landes empfinden. Ganz allgemein dürften gerade die kleineren Staaten, soweit sie nicht ganz von Frankreich abhängig sind, nicht wünschen, daß auch Staaten mittlerer Größe ständige Mitglieder im Völkerbundsrat werden. Sie würden darin ein offensichtliches Zurückdrängen der kleinen Staaten sehen. Englands Haltung ist noch unklar. Die Dominions sind offenbar gegen die Vergrößerung des Rates. Chamberlain persönlich hat sich in Paris gebunden und scheint sich heute noch mindestens teilweise für die französischen Wünsche einzusetzen. Der Generalsekretär des Völkerbunds, Sir Drummond, der gegenwärtig in London weil, unterstützt dabei anscheinend den Außenminister. Dagegen gilt Baldwin als Gegner der Völkerbundsvergrößerung, während die Haltung des in Völkerbundsdingen sehr einflussreichen Lord Robert Cecil noch nicht recht durchsichtig erscheint. Brasilien schließlich soll seinen Anspruch auf einen ständigen Ratsitz zurückgestellt haben — wohl auf den Widerspruch Argentiniens hin.

Die Lage ist also überaus verwickelt, und eine Lösung der Krise vorläufig gar nicht abzusehen. Deutschland kann angesichts dieser Verhältnisse unmöglich einfach nach Genf gehen, um dort abzuwarten, was man uns bietet. Eine vorherige Klärung durch eine ganz bestimmte Fragestellung scheint daher dringend erforderlich zu sein. Die Gegenseite aber wünscht gerade, uns wieder dahin zu bringen, daß wir auch dann nicht mehr zurück können, wenn sich alles gegen unsere Interessen entwickelt. Auf keinen Fall dürfen wir einen Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir zur sofortigen Abreise von Genf entschlossen sind, sobald man das bisherige unehrliche Spiel dort fortzusetzen sucht. Was wir von Genf zu erwarten haben, das zeigt im übrigen schon die Tagesordnung der Völkerbundsversammlung. Da sollen noch schnell wichtige Beschlüsse über das Saargebiet gefaßt werden, ehe wir in der Lage sind, als Ratsmitglied hieran teilzunehmen. Besteht die Absicht, uns weiter in dieser Weise vor den Kopf zu stoßen, so wird der Völkerbund eben auf die Mitgliedschaft Deutschlands verzichten müssen.

Nach Londoner Blättern hat Chamberlain nun den Stil umgedreht und selbst mit seinem Rücktritt gedroht, falls ihm das Kabinett bei den Verhandlungen in Genf nicht freie Hand lasse. Das Kabinett sei gespalten; Schatzkanzler Churchill und Cecil seien gegen den französischen Plan, aber Chamberlain habe auch Anhänger im Kabinett.

Bern, 1. März. Wie die Blätter melden, hat der Schweizer Bundesrat in seiner Anweisung für die schweizerische Abordnung, die sich an der kommenden Völkerbundsversammlung beteiligt, bei Behandlung der Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates betont, eine Vergrößerung des Rates lasse befürchten, daß die Großmächte einem solchen Rat die Entscheidung über alle wichtigen Fragen entziehen würden.

Diese Besorgnis gründet sich, wie man allgemein betont, auf die Tätigkeit des Rates, die bisher ziemlich unfruchtbar war. Der Völkerbund sei von den Großmächten umgangen und meist nur in den unbedeutenderen Angelegenheiten, wie Grenzstreitigkeiten und Grenzreinigungen, in Anspruch genommen worden. Der Völkerbund konnte schon beim Korfuhandel nicht einschreiten. Er verlagte vollkommen im griechisch-türkischen und im polnisch-litauischen Streit, die beide zu kriegerischen Maßnahmen führten.

Kopenhagen, 1. März. Die dänische Regierung hat sich dem schwedischen Standpunkt angeschlossen, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbunds am 8. März außer Deutschland keine weitere Ausdehnung des Rates vorgenommen werden solle.

Der deutsch-russische Kreditplan

In den ersten Februartagen teilte das Reichswirtschafts-

Tagesspiegel

Beim Reichskanzler fanden am Montag nachmittag Besprechungen mit den Führern der Regierungsparteien über innerpolitische Fragen statt.

In einer Rede im Haushaltsausschuß erklärte Reichsinnenminister Dr. Brüning, die Erhaltung des Berufsbeamtenstandes und materieller, persönlicher und dienstlicher Sicherstellung und Rechtsanspruch auf Pension und Hinterbliebenenversorgung sei auch in der Republik notwendig.

Die Pensionslast des Reichs für 1926 beträgt 1555,5 Millionen und ist gegen das Vorjahr um 198,4 Millionen gestiegen. Dazu kommt die Pensionslast der Reichsbahn mit rund 400 und der Reichspost mit 200 Millionen. Die Gesamthöhe beträgt somit rund 2165 Millionen.

Prinz Karol von Rumänien wird von Paris nach London reisen. Der rumänische Ministerpräsident Bratianu läßt heimlich in Abrede stellen, daß er zurückzutreten beabsichtige.

Der südslawische Außenminister Nintschitsch beabsichtigt seinen Besprechungen mit Mussolini auch in Paris einen Besuch zu machen.

In Marokko machten mehrere Stämme, die von den Franzosen abfielen, Angriffe gegen die französischen Linien.

Das Reichswirtschaftsministerium hat einen Plan mit, wonach 10 Millionen Reichsmark als Reichszuschuß für eine Ausfuhrversicherung aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt werden sollen. Schon damals hieß es, daß dieser Betrag für die deutsche Warenausfuhr nach Rußland nicht in Betracht komme, daß vielmehr erhebliche größere besondere Mittel flüssig gemacht werden sollten, um die deutsche Ausfuhr nach Rußland zu beleben. Pläne dieser Art schwebten zweifellos bereits seit dem Sommer 1925, denn in den deutsch-russischen Verträgen vom 12. Oktober 1925, und zwar in einem dem Vertrag beigefügten Sitzungsprotokoll, findet sich der Satz, daß die Reichsregierung die mit der Ausübung des Außenhandelsmonopols betrauten Stellen der Räteregierung bei ihrem Bemühen unterstützen werde, größere Kredite in Deutschland aufzunehmen.

Dem Haushaltsausschuß des Reichstags ist nun ein diesbezüglicher Vorschlag zugegangen. Die deutschen Lieferungen nach Rußland, die durch eine Bürgschaft des Reichs und der Länder unterstützt werden sollen, sind ausgeschöpfene Erzeugungslieferungen. Es handelt sich im wesentlichen um landwirtschaftliche und industrielle Maschinen, die dazu bestimmt sind, die russische Erzeugung zu erhöhen. Wie der Berichterstatter, Abg. Dr. Cremer, auseinandersetzt, hat man eine Zweiteilung vorgenommen. Lieferungen auf sehr weite Sicht sollen eine Kreditbürgschaft für vier Jahre, Lieferungsgeschäfte von kürzerer Sicht dagegen nur eine Kreditbürgschaft für zwei Jahre erhalten, je für 150 Millionen Mark. Die Bürgschaften des Reichs (35 v. H.) und der Länder (25 v. H.) sollen erst für den Teil der Lieferungen gelten, der nach Abzug einer Eigenbürgschaft des Lieferanten in Höhe von 20 v. H. übrig bleibt. Praktisch würde sich die Ausfallbürgschaft von Reich und Ländern wie folgt stellen:

Eine Maschinenfabrik liefert nach Rußland eine Anzahl von Bergwerksmaschinen im Wert von einer Million Mark. Hieron sind die ersten 200 000 M. die Eigenbürgschaft (Risiko) der liefernden Firma. Für die restlichen 800 000 M. leisten Reich und Länder gemeinsam in Höhe von 75 v. H. Ausfallbürgschaft, also bis 600 000 M. Die Bürgschaft auf die 600 000 M. legen Reich und Länder untereinander im Verhältnis von 7:5 um. Das Reich bürgt also bei dem erwähnten Auftrag, wenn ein vollständiger Ausfall eintritt, mit 350 000, das betreffende Land mit 250 000 M.

Wenn die Erwartungen, die man vielfach in Deutschland an die Belegung der Ausfuhr nach Rußland knüpft, in Erfüllung gehen, so wird die Bürgschaft der öffentlichen Organe nicht in Anspruch genommen. Trotzdem ist es zu billigen, daß ein Antrag angenommen wurde, wonach in den Reichshaushaltsplan der nächsten Jahre unter die Ausgaben Deckungsbeträge für die Reichsbürgschaft aufgenommen werden. Außer allen Bedenken gegen eine allzu starke Kapitalbeteiligung in dem antikapitalistischen Rußland ist es als ein Wagnis zu bezeichnen, daß wir einem Lande, dessen politische Einstellung zu uns doch recht häufigem Wandel unterworfen gewesen ist, für volle vier Jahre hohe Beträge leihen. Führt die Kreditgabe an Rußland nicht zu einer Belegung des deutschen Ablasses und damit zu einer Milderung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, so haben wir die für das oerarmte Deutschland sehr erheblichen Beträge umsonst einer unmittelbaren Verwendung in der deutschen Wirtschaft vorenthalten.

Neue Nachrichten

Der Volkstrauertag in Berlin
Berlin, 1. März. Der Volkstrauertag wurde gestern in

Berlin mit sieben Trauerfeiern zum Gedächtnis der Verfallenen des Weltkriegs begangen, und zwar im Reichstag, im Großen Schauspielhaus, im Berliner Konzerthaus, in der Hochschule für Musik, in der Stadthalle, im Lehrervereinshaus und in den Kammerstätten. Der Feiern im Sitzungsaal des Reichstags wohnte Reichspräsident von Hindenburg an. Die Feier wurde mit Handels-Trauermarsch aus dem Oratorium „Saul“, vorgelesen von einem Bläserchor, eingeleitet. Hierauf sang ein Männergesangsverein „Dem Andenken der Verfallenen“ von Wohlgenuth. Dann hielt der Präsident des Volksbunds, Pfarrer Siemens, die Gedentrede.

In Stuttgart hat man es zu keiner allgemeinen Trauerfeier gebracht, dagegen wurden solche in Darmstadt, Köln und Hamburg sowie im Saargebiet abgehalten.

Die Hilfsmassnahmen für den Weinbau

Berlin, 1. März. Anlässlich der Anruhen an der Mosel gibt die Reichsregierung die Massnahmen bekannt, die zur Förderung des deutschen Weinbaus ergriffen worden seien. In voriger Woche seien 12 Millionen Mark aus der Weinsteuern, d. h. ein Drittel des ganzen Steuerertrags, an die Einzelstaaten zur Weitergabe an den Weinbau überwiesen worden. Diese Beträge werden den Bauern bis 30. Juni 1927 zinslos gegeben, von da an müssen sie mit 2 v. H. jährlich an die Reichskasse zurückbezahlt werden. Bei den Bauern herrscht Unzufriedenheit darüber, daß diese Gelder nicht früher verteilt worden seien. Allein die Weinbauern seien über die Verteilung nicht einig gewesen, so z. B. über den Plan der Errichtung einer Winzerbank. — Außer diesen 12 Millionen seien die Winzer noch fortgesetzt im Besitz des Reichsdarlehens von 30 Millionen vom Juni 1925, das bis 31. Dezember 1926 läuft und mit 4 v. H. verzinst wird. Seit 1924 werde ferner vom Reich eine jährliche Unterstützung von 3 Millionen für die Bekämpfung der Schädlinge im Weinbau gewährt. Dieser Beitrag werde hauptsächlich zur Anpflanzung amerikanischer Untereichen verwendet, die gegen die Reblaus widerstandsfähig sind. — Die Amerikaner-Reben werden bekanntlich von einem großen Teil der Weinbauern abgelehnt, da sie ein minderwertiges Erzeugnis liefern, wodurch dem deutschen Weinbau das Todesurteil gesprochen werde.

Unitarismus aus Rom

Berlin, 1. März. Der Lokal-Anzeiger meldet aus Schwerin: Im Hauptauschuß des Schweriner Landtags wurde zum Staatsrat Staatsministerium mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der die Staatsregierung ersucht, zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten seien. Die Deutschnationalen stimmten gegen den Antrag.

Tariffstreit in der Schuhindustrie

Berlin, 1. März. An Stelle des auf 28. Februar gekündigten Lohntarifs haben die Arbeitgeberverbände einen Vorschlag mit Verminderung der Soziallasten, die unerträglich geworden seien, aufgestellt. Die Gewerkschaften ihrerseits verlangen eine Lohnerböhung. Da Verhandlungen ausichtslos erscheinen, hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien zu einem Schlichtungsversahren eingeladen.

Aus dem Parteileben

Berlin, 1. März. Abg. D. Winkler hat den Vorstoß der Deutschnationalen Volkspartei niedergelegt.

*

George Widensham über die Politik Europas

New York, 1. März. Der frühere Generalkonsul in New York George Widensham, der die christlichen Kirchen Amerikas bei dem Genfer Kirchenkongreß vertrat, erklärte in einer Rede, die Abrüstung müsse eine Folge, nicht eine Voraussetzung von Vereinbarungen zur Aufrechterhaltung des Friedens sein. Das beunruhigendste Moment in Europa sei die Politik Mussolinis. Der italienische Diktator sei heute die größte Bedrohung für die Welt. Diese Bedrohung müsse irgendwie beseitigt werden. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund werde es bewirken.

Skandal in Chicago

Paris, 1. März. Der amerikanische Vizepräsident Dawes hat im amerikanischen Senat die aufsehenerregende Mitteilung gemacht, daß in Chicago Polizei- und hohe Staatsbeamte gemeinsame Sache mit Verbrechern machen. Chicago werde seit längerer Zeit von einer Bande von Verbrechern heimgesucht, die in den letzten zwölf Monaten nicht weniger als zwölf Bombenanschläge verübt haben. Diese Verbrecher, die zu außerordentlichem Reichtum gelangt sind, sollen ein Festessen gegeben haben, an dem der Staatsanwalt teilgenommen habe. Eine ganze Reihe von hohen Beamten werden mit Namen genannt, denen geradezu skandalöse Bestechungen durch die Verbrecher vorgeworfen wird.



Christenfeindliche Bewegung in China

Peking, 1. März. Die christenfeindliche Bewegung in China greift immer weiter um sich. Die von der radikalen Kuomintangpartei gegründete und beeinflusste Antichristliche Union verbreitet in ganz China ein Flugblatt gegen die Missionschulen aller christlichen Bekenntnisse, in der es geführt wird, daß die Missionschulen nur der Deckmantel für die herrschsüchtigen Ziele der Großmächte seien. Alle national denkenden Chinesen werden aufgefordert, die Missionschulen ihres Charakters als Hilfsmittel der Fremdmächte zu enttarnen.

Mit Ausnahme der Strecke Peking-Tientsin sollen alle Eisenbahnen in China unterbrochen sein. Die Lage der Regierung in Peking sei verzweifelt. Ein von General Wupeifu veranlaßter Bauernaufstand „Rote Lanze“ soll von General Kuomingschung unterdrückt worden sein.

Der französische Senat nimmt das Steuergesetz an

Paris, 1. März. Nach einer sehr geschickten Rede von etwa 5 1/2 Milliarden Franken vorliegt, mit 268 gegen 21 Stimmen angenommen. Dabei ist u. a. die Einführung eines Zahlungstempels für geschäftliche Verkäufe aller Art vorgesehen, der 2 1/2 Milliarden einbringen soll. Das Gesetz wird nun vom Finanzausschuß der Kammer beraten. Bestand billigte den Vorschlag des Senators Merlin, für die vorgelebene außerordentliche Staatsschuldentilgungskasse eine öffentliche Zeichnung zu eröffnen. Der Herausgeber des „Figaro“ hat bereits eine Zeichnung von 100 Millionen Franken angekündigt.

Die Steuerermäßigung in Amerika

Washington, 1. März. Präsident Coolidge hat gegen das neue Gesetz der Steuerermäßigung schwere Bedenken und befürchtet, daß sie im nächsten Steuerjahr einen Fehlbetrag von 100 Millionen Dollar herbeiführen werde, wenn das Parlament bei seinen Bewilligungen nicht sehr vorsichtig zu Werke gehe. — Coolidge hat, wie bereits berichtet, das Gesetz dennoch unterzeichnet.

Deutscher Reichstag

Berlin, 1. März.

167. Sitzung. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Eine Vorlage zur Änderung des Reichspostfinanzgesetzes wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. Nach dem Gesetzentwurf soll die Gesamtzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichspost von 31 auf 37 erhöht werden. Darauf wird die zweite Lesung des Haushaltsplanes für 1926 beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt, und zwar bei der Volkswirtschaft und Sozialpolitik im allgemeinen und beim Arbeiterschutz.

Abg. Ortmann (Soz.) hält am Achtstundentag fest. Die Befürchtungen, die daran geknüpft wurden, seien hin- und weg. Der Redner fordert baldige Verlegung des Arbeitszeitgesetzes.

Abg. Thiel (Deutsche Volksp.) bedauert, daß der deutsche Einfluß beim internationalen Arbeitsamt so gering sei. Abg. Nadel (Komm.) wirft dem Arbeitsamt vor, daß es gegen die proletarischen Interessen arbeite.

Abg. Schneider (Berlin (Dem.)) fordert Zulassung des Deutschen als Amtssprache beim internationalen Arbeitsamt und härtere Vertretung Deutschlands in dessen Verwaltung.

Abg. Frau Sender (Soz.) bedauert die mangelhafte Durchführung der sozialen Vorschriften bei der Gewerbaufsicht.

Württemberg

Stuttgart, 1. März. Der Wohnungsbau. Nach der Mitteilung des Ministers des Innern Holz in einer Pressebesprechung sind in Württemberg seit Kriegsende insgesamt 34 000 neue Wohnungen erstellt und seit dem 1. Januar 1924 39 Millionen Mark vom Staat zur Förderung des Wohnungsbaus verausgabt worden, wozu der Ertrag der Gebäudenutzungssteuer 1926 zum größten Teil schon im voraus verbraucht werden mußte. Im Jahr 1926 sollen 6—7000 Wohnungen gebaut werden. Die nötigen Mittel (35 Millionen) können unmöglich aus Steuern, sondern nur durch Anleihen beschafft werden. Darüber sei man einig, daß der Wohnungsbau wieder billiger werden

mußte. Die Befastigung des Hausbestandes betrage über 80 Prozent des Kaiserreichsleistungswerts, eine Steigerung des Mietzinses am 1. April sei unumgänglich. Die Mieten über die Friedenshöhe zu steigern sei eine schwierige Frage. Die Zwangsversteigerung lasse sich weder völlig beibehalten noch völlig aufheben.

Kurzarbeiterfürsorge. Im Anschluß an die Reichsverordnung für Kurzarbeiterfürsorge hat das württ. Arbeitsministerium bestimmt, daß die Erlichungsgemeinden der öffentlichen Arbeitsnachweise eine Fürsorge für Kurzarbeiter einzurichten haben. Kurzarbeiterunterstützung erhalten nur Arbeitnehmer gewerblicher Betriebe, aber nicht solche der Landwirtschaft, des Handels und des Verkehrs. Mit der Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung kommen die bisherigen Bestimmungen über die Unterstützung von Werksbeurlaubten in Wegfall. Erwerbslosen-Unterstützung darf vom 1. März 1926 nur noch Erwerbslosen bewilligt werden, deren Arbeitsverhältnis völlig — auch rechtlich — gelöst ist. Insbesondere muß der Arbeitgeber ihnen die Arbeitspapiere ausgehändigt haben. Das hindert nicht, daß der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer gegenüber die moralische oder rechtliche Verpflichtung übernimmt, ihn bei Besserung der Wirtschaftslage bevorzugt wieder einzustellen und ihm den Genuß der Vergünstigungen zu erhalten, die durch längere Zugehörigkeit zum Betrieb erworben werden (Urlaub, Pensionseinzahlungen u. ä.) Werksbeurlaubte, die vor dem 1. März 1926 in die Erwerbslosenfürsorge aufgenommen worden sind, dürfen bis längstens zum 27. März 1926 unterstützt werden. Beim Uebergang aus der Werksbeurlaubung in die Voll-erwerbslosstellung haben sie keine Wartezeit durchzumachen. Kurzarbeiterunterstützung darf nur für ausgefallene volle Arbeitstage gewährt werden. Der Ausfall ganzer Arbeitsschichten steht dem Ausfall voller Arbeitstage gleich. Die Voraussetzung, daß volle Arbeitstage auszufallen seien müssen, ist nicht erfüllt, wenn auf einen Arbeitstag weniger als ein Sechstel der gewöhnlichen Wochenarbeitszeit entfällt. Fällt jedoch der Sonnabend aus, so gilt er auch dann als voller Arbeitstag, wenn für ihn regelmäßig eine kürzere Arbeitszeit festgesetzt ist. Die Kurzarbeiterunterstützung darf in jeder Kalenderwoche, wenn drei Arbeitstage ausfallen, einen Tagessatz, wenn vier Arbeitstage ausfallen, zwei Tagessätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, drei Tagessätze der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigen, die dem einzelnen Arbeitnehmer zustände, wenn er erwerbslos wäre. Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen dürfen, wenn vier Arbeitstage ausfallen, bis zu 2 1/2 Tagessätzen, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu 3 1/2 Tagessätzen der Erwerbslosenunterstützung erhalten.

Vom Landtag. Der bauernbündlerische Abgeordnete Ernst Hornung hat in Bayern ein größeres Gut gekauft, das er selbst bewirtschaften will. Er wird deshalb Klein-Boitwar verlassen, wo er bisher Gutspächter war. In einer landwirtschaftlichen Versammlung wurde dort bereits eine Abschiedsfeier für ihn gehalten. Abg. Hornung wird wohl sein Landtagsmandat niederlegen. Er war im Landtag persönlich bei allen Parteien wegen seines urwüchsigen Auftretens geschätzt.

Von der Handelskammer. Die Handelskammer hat zum 1. Vorsitzenden Kommerzienrat Kaufmann wieder gewählt und zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Richard Theurer, Geheimrat Otto Fischer und Hans Holz gewählt.

Ausstellungen. Im Juli d. J. wird in den neuen Kunstausstellungshallen an der Schloßgartenstraße eine Ausstellung Neuer Amerikanischer Baukunst veranstaltet, die z. Bt. in Berlin gezeigt wird. — In denselben Räumen findet von Anfang April bis Mitte Juni die Ausstellung Stuttgarter Sezession in Verbindung mit der Münchner Neuen Sezession statt. — Aus Anlaß des 75jährigen Jubiläums des Stuttgarter Wirtschaftsvereins veranstalten die Stuttgarter Nahrungsmittelgewerbe in den Ausstellungshallen auf dem Gewerbehalleplatz im August und September eine großzügig angelegte Fachausstellung.

Cannstatt, 1. März. Glücklicher Gewinner. Ein Cannstatter Einwohner hat die Prämie der Süddeutschen Klassenlotterie von 500 000 M gewonnen. Er ist Alleinhaber des Loses.

Aus dem Lande

Ehlingen, 1. März. Die Volkshochschule Denkendorf. Das Volkshochschulheim Denkendorf, das der Verein zur Förderung der Volksbildung Stuttgart im ehemaligen

Kloster Denkendorf seit 1921 unterhält, schließt am 31. März den neunten Winterkurs ab, an dem 29 Mädchen aller Stände teilnahmen. Das Verständnis für diese Art von Bildungsarbeit dringt in immer weitere Kreise. Man lernt verstehen, daß es sich hier weder um eine Pension für höhere Töchter noch um eine Haushaltungsschule handelt, sondern um eine Stätte, die jungen Menschen die Wege zu einer ersten eigenen Lebensgestaltung erweisen möchte.

Die Prüfung an der höheren Maschinenbauerschule, die am Freitag ihr Wintersemester schloß, haben 81 Kandidaten bestanden, davon 60 der Abteilung für Maschinenbau und 21 der Abteilung für Elektrotechnik. Sie haben damit die Befähigung zur Ausübung des Berufs als Maschinen- bzw. Elektroingenieure erworben.

Veränderung bei der Schutzpolizei. Der bisherige Kommandant der Polizei-Bereitschaft Ehlingen, Major Gahler, wird mit Wirkung vom 1. März nach Ulm a. D. versetzt. Gahler hat es verstanden, sich in hohem Maß die Beliebtheit und Achtung seiner Untergebenen und weiter Kreise der Stadt zu sichern.

Nedarrrens M. Waiblingen, 1. März. Vorgeschiedliche Funde. In der Nähe des Remsufers wurden Geweih- und Knochenreste von vorgeschichtlichen Tieren gefunden; so ein Geweihstumpf von einem Reihenhirsch, Gebiß und Knochenreste vom Wildpferd, einem Wolf, Renntier, sogar vom Höhlenlöwen und dem Nashorn. Letztere drei Tiere kamen bei uns in der Eiszeit vor. Die Funde wurden der Naturhistorischen Sammlung Stuttgart einverleibt.

Gmünd, 1. März. Amtsvorsammlung. Die Amtsvorversammlung setzte den Haushaltsvoranschlag der Amtskörperschaft bei 1 392 691 M Ausgaben und 764 205 M Einnahmen auf 580 000 M fest. — Bei der Wahl des Leiters der Oberamtsparkelei Gmünd erhielt Stadtschultheiß Widmann in Heubach 20 Stimmen, Rechnungsrat Böser-Heidenheim und Gegenrechner Deibele-Gmünd je 3 Stimmen. Widmann ist somit gewählt.

Öffentliche Anerkennung. Das Ministerium des Innern hat dem Kaufmann Max Haeder in Gmünd und dem Metall-drücker Alfred Hirsch hier die Anerkennung für ihr wackeres und opferwilliges Verhalten, das sie am Pfingstmontag des vorigen Jahres bei der Errettung zweier Menschen vom Tod des Ertrinkens im Ebnisee gezeigt haben, ausgesprochen.

Langenbeulingen M. Ehrlingen, 1. März. Verunglückt. Bei Sprengarbeiten wurden in einem hiesigen Steinbruch zwei Arbeiter erheblich verletzt, so daß sie ins Krankenhaus nach Ehrlingen verbracht werden mußten.

Künzelsau, 1. März. Beinahe ertrunken. Ein 4 J. a. Mädchen fiel beim Uebergang des Stadtbachs in den Mühlkanal und wurde etwa 200 Meter fortgetrieben. Durch einen Anlauf der Lumühle wurde es aus dem Wasser gezogen. Wiederbelebungsversuche waren nach erst etwa einer Viertelstunde von Erfolg begleitet.

Dankvolkswiler M. Ellwangen, 1. März. Seltsener Baumriese. Im Staatswald „Schotterlinge“, Forstamts Dankvolkswiler, wurde eine Fichte gefällt, die einen Stockdurchmesser von 135 Zentimeter hat, 43 Meter lang ist und über 12 Festmeter mißt. Das Alter der Fichte ist zirka 135 Jahre. Leider werden solche Bäume immer seltener.

Freudenstadt, 1. März. Selbstmord. In Hirschweiler hat ein Mann durch Erhängen Selbstmord begangen. Damit sind in den letzten drei Monaten in unserem Bezirk sieben Selbstmorde verübt worden.

Geislingen, 1. März. Vom Gemeinderat. Der Gemeinderat beschloß die Klasse 7 am Reformrealgymnasium auf Kosten der Stadt weiterzuführen.

Ulm, 1. März. Leichenüberführung. Die Ueberreste der im hiesigen Friedhof und in der Umgebung Ulms bestattet gewesenen Franzosen, 88 an der Zahl, sind nach erfolgter Ausgrabung auf dem hiesigen Bahnhof in einen Wagon verladen worden und nach Saarbrücken abgegangen, wo sich die Sammelstelle der aus Deutschland angelieferten Franzosenleichen befindet. — Wer hat die Kosten zu tragen?

Laichingen, 1. März. Zur Bluttat. In der Meldung über die Bluttat eines Lehrers in Westerheim wird mitgeteilt, daß es sich um den Unterlehrer von Westerheim handelt, der zuerst, ohne jede Warnung und ohne daß ein Wortwechsel vorausging, von einem in Laichingen als Kaufbold geltenden Mann, dem 39 J. a. Wagner, angegriffen worden sei. Der Lehrer wurde auf den Boden geworfen und erhielt

Und dennoch kam das Glück ..

Original-Roman von Irene Hellmuth

22) (Nachdruck verboten.)

Frau Gertruds Erstaunen wuchs. Was mochte geschehen sein, daß ihr Gatte in einem so milden, freien Tönen mit ihr sprach, wie nie vorher? Wie wohl tat ihr sein verändertes Wesen! Sie fühlte, daß ihr Herz sofort bereit war, alles, was sie in seinem Hause gelitten und erduldet — zu verzeihen. Ein paar freundschaftliche Worte von ihm scheuchten den jauchzenden Schrei der Freude von ihrer Seele!

Mit glühenden Wangen und erwartungsvoll aufgeschlagener Augen sah sie da und sah so jung und mädchenhaft aus, daß Wiebrecht sie verwundert betrachtete.

Ein leises Lächeln spielte um seine Lippen; denn er fand plötzlich, daß er eigentlich eine recht hübsche, jugendliche Frau besaß.

Und dann begann er seinen Bericht, wie er gestern Lu gegenüber getan. Als er geendet, ergriff er die Hand seiner Frau und drückte sie leise.

„Ist wahr, Gertrud, nun begreiffst du meine Sorgen, nun weißt du, was mich oft so abstoßend und nervös erscheinen ließ? Nun erkennst du auch, daß ich nicht anders handeln konnte?“

Sie nickte stumm, mit den Tränen in den Augen.

Dann fragte sie leise: „Und glaubst du, daß unsere Tochter das schwere Opfer bringen kann, dem ungeliebten Manne die Hand zu reichen. — Sie soll hüben, was ein anderer verbrach? Ist das nicht ein entsetzliches Schicksal?“

„Es ist freilich hart, aber in meiner Nacht liegt es nicht, es zu ändern! Doch tröstet mich eines, daß der junge Hildebrand ein Ehrenmann ist, dem ich das Kind ruhig anvertrauen kann. Und wir behalten Lu in unserer Nähe und — wollen sie recht lieb haben! Ich denke, ihr Los ist nicht allzu schwer. Sie wird mit der Zeit überwinden lernen und noch ganz zufrieden werden. Wenn perfidie Sorgen nicht an sie herantreten — und das ist nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen — so lebt es sich doch angenehmer, als

wenn man sich für des Lebens Notdurft mühen muß. Sie soll schon mit mir zufrieden sein, ich haue ihr das Nest, in dem sie sich wohl fühlen kann. Du brauchst dich um das Kind nicht zu sorgen.“

Frau Gertrud war in einem schönen Traum. War es denn möglich, daß ihr Gatte so sprach? Sollte es für sie auch noch ein Glück geben? War eine Verständigung mit ihm noch möglich? Sie fühlte sich zum erstenmal seit langer Zeit leicht und froh, trotz der Sorge um ihre Tochter. —

9.

Am folgenden Tag ging Luise Wiebrecht den schwereren Weg, den sie als richtig erkannt hatte. Sie wußte, daß ihr dabei niemand helfen konnte, daß sie allein alles durchkämpfen mußte. Die Sonne hing wie ein roter, feuriger Ball im Westen, ihre Strahlen vermochten nicht, den Nebel zu durchdringen. Die Luft war herblich kühl, kein Vogelgeklirr ließ sich vernehmen. Leer und öde erschien alles ringsum. Welche Blätter bedeckten in Massen die Wege des Stadtpartes, auf denen kein Mensch zu sehen war. Lu fühlte ein heftige Herzklopfen, als sie auf einer einsamen, halb verfallenen Bank Alfred Wendland sitzen sah. Er zeichnete mechanisch mit seinem Spazierstock Figuren in den Sand. So sah er, ohne aufzublicken und Lu sah ihm von ferne eine Weile zu.

Welche Seligkeit wäre es gewesen, ihm jetzt in die Arme fliegen zu können und ihm zu sagen: Ich hab dich lieb und sonst keinen auf der Welt! —

Gewaltsam schüttelte Lu diese Gedanken von sich ab, die ihr schon wieder die Tränen in die Augen treiben wollten. Sie mußte standhaft bleiben in dem harten Kampf, der ihr bevorstand.

Wohl tausendmal hatte sie sich in der vergangenen Nacht vergegenwärtigt, wie sich die letzte Begegnung mit Alfred gestalten würde und sich die Worte zurecht gelegt, die sie an Alfred zu richten gedachte. Und jetzt, wo sie sprechen sollte, wollte ihr doch der Mut sinken und sie war nahe daran, umzukehren. Doch dann schalt sie sich selbst feige und erbärmlich.

Aber die Kehle war ihr wie geschwärt. Nicht ein Wort vermochte sie zu sagen, als Alfred, von ihrem Blick angezogen, plötzlich den Kopf hob und ihrer ansichtig wurde. Ein heller Strahl der Freude brach aus seinen Augen, über sein Gesicht flog ein glückliches Lachen, weit breitete er die Arme aus und rief:

„Lu, meine Lu! So gut haben wir es noch nie getroffen wie heute, kein Mensch zu sehen weit und breit! Diesmal tomast du mir nicht wieder so rasch fort! Aber Lu! — unterbrach er sich, als er sah, daß das Mädchen immer noch wie festgebannt an derselben Stelle stand und die Arme schlaff herabhängend ließ. So schwer hatte sie sich diese Begegnung nicht gedacht. Noch einmal kam ihr der Gedanke, davonzulaufen, — aber als Alfred lächelnd hinzufügte: „So komm doch endlich, es ist ja kein Mensch in der Nähe, — komm, jede Minute ist kostbar, und ich habe dir viel zu sagen!“ —

Da machte sie ein paar Schritte, und blieb wieder stehen. Er betrachtete aufmerksam ihr blaßes, schmal gewordenes Gesicht und sagte beklommenen Tones: „Lu, mein innig geliebtes Mädchen, seht dir etwas? Bist du krank? Oder hat es zu Hause etwas gegeben? Ist dein Vater wieder streng mit dir gewesen? Warte nur, wenn wir uns erst ganz angehören dürfen, dann sollst du für alle ausgefallene Wein reichlich entschädigt werden! Nur liebe Worte sollst du hören, ich will dir jeden Stein aus dem Weg räumen, dann wirst du alles vergessen, was du erduldet hast! Keine Liebe ist so groß, daß ich jedes Opfer zu bringen imstande wäre!“

Lu sprach immer noch nicht. In wortloser Qual schlug sie die Hände ineinander. So sah sie neben ihm auf der Bank. Zwei Tränen bahnten sich langsam ihren Weg über die bleichen Wangen.

„Aber Lu, wie bist du so seltsam heute?“ begann Alfred nach einer kleinen Weile, während er sie kopfschüttelnd betrachtete. Er wollte sie an sich ziehen, doch sie wehrte ihm stumm. Eine bange Ahnung kommenden Unheils beidlich sein Herz. Mutlos ließ er den Kopf sinken.

(Fortsetzung folgt.)

Schläge ins Gesicht. Erst nach vorausgegangener Warnung habe er auf den Angreifer geschossen. Der Lehrer wurde nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Chingen a. D., 1. März. Bei der gestrigen Stadtschultheißenwahl wurden von 2851 Wahlberechtigten 2599 gültige Stimmen abgegeben. Der Kandidat des Bürgerblocks Dr. Hans Henger-Chingen erhielt 1904, der Kandidat des Zentrums, Stadtschultheiß Ruhn-Zeitnang 695 Stimmen. Somit ist Dr. Henger gewählt.

Waldsee, 1. März. Kreispartei tag. Am Sonntag, den 21. März findet hier der Oberschwäbische Kreispartei tag des Zentrums statt.

Vom bayerischen Allgäu, 1. März. Gegen den Kropf. Gegenwärtig befindet sich der Kropfsachverständige Dr. Ernst-München im Auftrag der bayerischen Regierung in Kempten, um dort Studien an den besonders im Allgäu auftretenden Kropfkrankheiten vorzunehmen.

Stuttgart, 1. März. Sanftentschlafen. Der „Stuttgarter Lokalanzeiger“, der schon einmal in den letzten Jügen lag, hat neuerdings sein Erscheinen wieder eingestellt.

Großschafheim, 1. März. Bahlingen, 1. März. Großfeuer. Am Samstagabend brach in der Tabak- und Zigarrenfabrik von Adolf Wagner Großfeuer aus. Die Feuerwehre konnte nur noch die Nachbarhäuser schützen. Die Fabrik ist mit ihren bedeutenden Vorräten vollständig niedergebrannt, doch konnte das Wohn- und Kesselhaus gerettet werden. Der Schaden ist bedeutend und der Betrieb lahmgelegt. Als Entstehungsursache wird Kurzschluss angenommen.

Sulzbach, 1. März. Die erste Schneepfe. Förster Marsteller hat die erste Schneepfe geschossen.

Ottendorf, 1. März. Vermißt. Hier wird seit 3 Wochen der 36jährige, geistig nicht ganz normale Bauer Karl Weber vermißt; er soll in der Zwischenzeit in der Gegend von Derröt gesehen worden sein. Doch hat man noch keine weiteren Anhaltspunkte über sein Verbleiben.

Sindringen, 1. März. Uchtfacher Brand. In Sindringen im Kochertal brach, lt. „Redar-Echo“, in der Nacht auf Sonntag in sieben Scheunen zugleich Feuer aus. Die Scheunen wurden alle vollständig eingeeigelt. Ebenso wurde das Wohnhaus des R. Gerold, früher Gasthaus zum „Ochsen“, ein Raub der Flammen. Der Mieter und Besitzer mit Familien konnten nur das nackte Leben retten. Die Pferde und das Vieh wurden gerettet. Sämtliche Geschädigte sind lauter kleinere Leute. Die Ursache wird jedenfalls in Brandstiftung zu suchen sein.

Ulm, 1. März. Der evang. Gemeinderat beschloß die Veranstaltung einer Münzlotterie, um Mittel zu Erhaltung des Münsters zu beschaffen. Die 19 Figuren an der Stirnwand der Portalvorhalle, die sehr stark der Verwitterung ausgelegt sind, sollen abgeformt werden.

Im letzten Jahr wurden durch die Ulmer Hotels und Gasthöfe 60 033 Fremde gemeldet.

Besitzwechsel. Die Kunst- und Kundenmühle des Benjamins Knobel von Oberfontheim wurde mit 21 Morgen Grundstücken und sämtlichem lebenden und totem Inventar von der Gemeinde Oberfontheim um 40 000 M. käuflich erworben. Die Gemeinde beabsichtigt, die Mühle zunächst zu verpachten.

Das Wetter

Ein Ausläufer der nordöstlichen Depression hat in Süddeutschland trotz hohen Barometerstandes Regen verursacht. Für Mittwoch und Donnerstag ist weiterhin mehrfach bedecktes, aber nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Baden

Karlsruhe, 1. März. Nach einer vorläufigen Auszählung des anlässlich der Personenstandsaufnahme vom 10. Oktober v. Jahres vorliegenden Materials durch das Statistische Landesamt beträgt die Zahl der Geborenen in Baden rund 29 000, d. h. 1,2 v. H. der Gesamtbevölkerung; davon waren 1368 Personen blind, 2350 taubstumm oder ertaubt; die Zahl der Krüppel beträgt rund 14 000, die der Geisteskranken, Schwachsinnigen und Fallsüchtigen 9200.

Am Freitag brach bei Bauarbeiten in Scheibenhart ein Gerüst und riß die vier beschäftigten Arbeiter in die Tiefe. Schlossermeister Albert Fischer aus Karlsruhe erlitt einen Oberarmbruch und mehrere Rippenbrüche. Der Lehrling Walter Wollensack trug einen Beinbruch davon. Vorarbeiter Rüdiger und Lehrling Arthur Wehmer sind leicht verletzt.

Pforzheim, 1. März. Der Antrag des Pforzheimer Einzelhandels auf Abbau der Gehälter um 15 v. H. ist in der gestrigen Schlichtungsausschussung abgelehnt worden.

Nußloch bei Heidelberg, 1. März. Die Gemeindeverwaltung hat, um zu verhüten, daß die Bettler die erhaltenen Almosen in Alkohol umsetzen, sogenannte Bettlerscheck eingeführt, von denen der Biot zu 20 Stück für eine Mark ausgegeben wird. Die Bettler erhalten gegen Abgabe der Schecks bei der Polizei nach vorangegangener Prüfung die nötigen Lebensmittel.

Leinen bei Heidelberg, 1. März. Das 3½jährige Kind des Arbeiters Kaiser fiel in ein Gefäß mit kochendem Wasser und erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb.

Ladenburg, 1. März. Bei den Redarfanalarbeiten wurde hier in der Nähe ein römischer Kinderfarg aus Stein gefunden, bei dem sich einige Leuchtlampen befanden, die man zur Zeit der römischen Ansiedelung den Verstorbenen in den Sarg gab.

Mosbach, 1. März. Schon dreimal wurden in letzter Zeit bei Reudenau Signallaternen zwischen den Eisenbahnschienen zerstört. Ferner wurden an dem Bahnwärtersunterstand zwischen Reudenau und Borsolzheim wiederholt die Scheiben eingeworfen. Den Tätern ist man noch nicht auf der Spur.

Billingen, 1. März. An den Wohnräumen des Schmiedemeisters Dominicus Schorpp in Reuhausen brach Feuer aus, das sich auf das angebaute Wohnhaus des Gastwirts Rößlinger ausdehnte. Beide Gebäude brannten bis auf den Grund nieder.

Konstanz, 1. März. Am Samstag früh fand man den aus Strasberg (Hohenollern) stammenden Gefreiten der 9. Kompagnie des Jägerbataillons Konstanz, Holberiet, tot vor. Er hatte sein Gewehr abgeschossen und die Kugel war ihm durch den Kopf gegangen. Außerdem war eine an der Koppel hängende Handgranate explodiert, die ihn vollständig zerriss. Die nachgehobenen Posten tragen zwei Handgranaten bei sich, deren Zünder jedoch nicht eingeschraubt sind, sondern in der Patronentasche mitgeführt werden. Es wird angenommen, daß Holberiet Selbstmord begangen hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Prinz Philipp von Hessen ist nach einer Meldung der U. B. beim Reiten in Rom schwer verunglückt. Sein Zustand soll bedenklich sein. — Prinz Philipp, der reichste deutsche Fürst und Nachkomme des bekannten Landgrafen Philipp des Großmütigen (1509—1567), hat sich bekanntlich vor einigen Monaten mit Prinzessin Raschda, der zweiten Tochter des König Viktor Emanuel von Italien, verheiratet.

Klage der Kaiserin Jita. Die Kaiserin Jita hat bei einem Pariser Gerichtshof Klage gegen ihren früheren Rechtsbeistand und verschiedene Juwelenhändler eingereicht, da der verstorbene Kaiser Karl von ihnen beim Verkauf von Kronjuwelen arg betrogen worden sei.

Die Mutter Schlageters gestorben. Am Volksrauertag starb in Schönau (bad. Schwarzwald) die Mutter des Helben Albert Schlageter im Alter von 68 Jahren an einem Herzschlag. Seit der schmachvollen Ermordung ihres Sohnes durch die Franzosen im Ruhrgebiet war Frau Schlageter herzleidend.

Erhöhung des Schulgelds an den höheren Schulen Preussens. Die preussische Regierung hat das Schulgeld an den staatlichen höheren Schulen ab 1. April auf 200 RM. jährlich erhöht. An städtischen höheren Schulen darf ein Schulgeld bis zu diesem Satz und für auswärtige Schüler weiter der bisherige Zuschlag von 25 v. H. erhoben werden. Für zweite Kinder werden wie bisher 25 v. H., für dritte 50 v. H. Nachsch. gewährt, vierte und weitere Kinder sind schulgeldfrei. 20 v. H. des Schulgelds sollen für Schulgeldbefreiungen und Ermäßigungen für Erziehungsbeihilfen und Hilfsbünde reien verwendet werden.

Kunstaussstellung in Berlin. Die Akademie der Künste in Berlin veranstaltet im Frühjahr wieder eine allgemeine deutsche Ausstellung von Werken der Malerei und der Bildhauerkunst. Die Ausstellungswerte sind spätestens bis 8. April einzuliefern.

Denkmalschändung. Von dem Denkmal Friedrich des Großen unter den Linden in Berlin wurde ein Stück der rechten Stufenstufe abgeschlagen. Das Stück ist beschlagnahmt worden. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Amundsens Postzug. Der König und die Königin von Norwegen haben Amundsen und dem Amerikaner Ekawoth zu ihrem Postzug eine seidene Flagge gestiftet. Sie soll über dem Pol abgeworfen werden.

Versteigerung von Kriegsbeute. Die französische Regierung hat nach Kriegsende der Stadt Amiens als Siegeszeichen 20 zurückgelassene deutsche Kanonen, einen Panzerwagen und eine Batterie der berühmten von den Australiern in Chiengolles „eroberten“ Dicken Beria, des ersten Krupp-Ferngeschützes, das das Staunen der Welt erregte, gelassen. Dieses Kriegsgerät wird nun von der Stadt Amiens zum Verkauf ausgeben.

Ein deutscher Flugdienstplan für Amerika. Vom „New York Herald“ wird gemeldet, eine von Deutschen betriebene Luftschiffahrtlinie zwischen Neugork und Südamerika werde bald ins Leben treten. Diese Linie werde von Neugork ausgehen und über Key-West und Panama nach Südamerika gehen. Die nördliche Linie werde von einer Gesellschaft geführt werden, die in Amerika gebildet ist, die aber gegenwärtig von einer Gruppe von Deutschen finanziert würde. Deutsche Flugzeuge werden benutzt werden. Man betrachte den Plan als einen Versuch Deutschlands, in Südamerika wieder Fuß zu fassen. In Washingtoner Regierungskreisen sei man an der Sache interessiert, weil die Fluglinie über den Panamakanal gehen sollte.

Selbstmord eines Sportsmanns. Der bekannte Sportsmann und Pionier auf dem Gebiete des Flugwesens Direktor Gustav Otto in München hat seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht. Seine Gattin, eine bekannte Sportsdame, wurde im vorigen Jahr unter aufsehenerregenden Umständen in Frankfurt a. M. erschossen aufgefunden.

Einbruch in ein Postamt. In der Nacht zum Sonntag wurde in das Postamt von Lefschin bei Frankfurt a. O. eingebrochen. Die Einbrecher, vermutlich gewerbsmäßige Geldschrancknacker aus Berlin, stahlen 7000 M. Bargeld und 13 000 M. Wertzeichen.

lokales.

Wildbad, 2. März, 1926.

Sigung des Gemeinderats am 23. Februar 1926.

Jubiläum des Liederkränzes. Dem Liederkranz wird die Erlaubnis erteilt, anlässlich seines 70. Jubiläums am 8., 9. und 10. Mai ds. Js. die Festhalle und den neuen Sportplatz unentgeltlich zu benützen; zugleich wird dem Gastwirt Bauer zum „Ochsen“ die Aufstellung eines Festzeltes mit 800 Sitzplätzen auf dem Sportplatz gestattet. Weiter wird beschlossen, zu dem mit dem Jubiläum verknüpften Gesangswettstreit einen silbernen Pokal als Ehrenpreis der Stadt zu stiften und das Kinderfest im Anschluß an das Sängersfest am Montag, den 10. Mai ds. Js. hier abzuhalten.

Elektrizitätswerk. Die Akkumulatorenbatterie des städt. Elektrizitätswerks ist verbraucht und durch eine neue zu ersetzen. Nach dem Gutachten der technischen Beratungsstelle des Württ. Landesgewerbeamts, die in heutiger Sitzung durch Herrn Oberingenieur Donobauer vertreten ist, empfiehlt sich mit Rücksicht auf den erhöhten Strombedarf während der Badesaison eine Vergrößerung der Batterie mit Erstellung eines neuen Batteriehauses. Nach den eingelaufenen Angeboten und dem Vorschlag des Stadtbauamts berechnen sich die Kosten der neuen größeren Batterie mit 132 Elementen auf ca. 40 000 M., des Batteriehauses auf 10 000 M., zus. 50 000 M., während eine Erneuerung der alten Batterie auf rund 26 000 M. zu stehen kommen würde. Da die Erneuerung der bestehenden, seither schon als zu schwach sich erweisenden Batterie mit einem Aufwand von 26 000 M. sich möglicherweise nur als ein Notbehelf auf einige Jahre erweisen könnte, weil die Gefahr vorliegt, daß sich die Batterie infolge ihrer Unzulänglichkeit zu rasch verbraucht, da außerdem die größere Batterie eine bessere Ausnützung der vorhandenen Wasserkraft ermöglicht, entscheidet sich der Gemeinderat auf Anraten des Sachverständigen für die größere Batterie mit 132 Elementen mit einem Gesamtaufwand von 50 000 M. samt einem Batteriehaus. Außerdem schlägt das Stadtbauamt und die technische Beratungsstelle eine Verklärung des Leitungsnetzes und die Schaffung einer Kraftreserve oder eines Anschlusses an den Gemeindeverband Ueberlandwerk Teinach vor. Mit Rück-

sicht auf die jetzige Unmöglichkeit der Beschaffung der hierzu nötigen Geldmittel müssen diese Erweiterungsprojekte, so sehr ihre Notwendigkeit hervortritt, für nächstes Frühjahr zurückgestellt werden. Die Lieferung der neuen Batterie wird der Akkumulatorenfabrik A. G. „Afa“ in Hagen auf Grund ihres Angebots vom 11. und 23. Februar 1926 übertragen, da dieses Angebot unter 4 Angeboten das billigste ist. Die nötigen Geldmittel von 50 000 Mark sollen durch ein in 10 Jahren rückzahlbares Darlehen beschafft werden.

Notstandsarbeiten. Zur Ausführung des als Notstandsarbeit auszuführenden fahrbaren Wegs vom Hochwiesenweg bis zur Ziegelhütte ist jetzt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung ein zu 6 % verzinsliches und in 8 Annuitäten rückzahlbares Darlehen von 15 000 M. bewilligt worden. Das Stadtbauamt wird mit der sofortigen Vergebung der Arbeiten beauftragt. Die Entlohnung der Notstandsarbeiter erfolgt zu den Sätzen des Baldarbeitertarifs ohne Zulagen (Arbeiter über 20 Jahre 61 Pfg., unter 20 Jahren 46 Pfg., unter 18 Jahren 32 Pfg.). In erster Linie sollen verheiratete zur Erwerbslosenfürsorge zugelassene Arbeiter beschäftigt werden. Die Beschäftigung erfolgt in 2 Wochenbücheln.

Bauten der Stadtbauamts. Die Wahl des zufolge Beschlusses des Gemeinderats vom 8. Februar anzustellenden Bautechnikers des Stadtbauamts wird heute vom Gemeinderat vorgenommen. Die Anstellung erfolgt zunächst probeweise auf die Dauer von 6 Monaten in privatrechtlichem Anstellungsverhältnis vorbehaltlich eines noch abzuschließenden Dienstvertrags. Der Dienstantritt hat spätestens am 1. April 1926 zu erfolgen. Bei der vom Gemeinderat mittelst geheimer Abstimmung vorgenommenen Wahl wird gewählt: Baumeister Winkler mit 11 von 15 abgegebenen Stimmen.

Gebäudesteuer. Die letzte allgemeine Revision des hiesigen Gebäudekatasters hat im Jahr 1908/09 stattgefunden. Die damals festgesetzten Gebäudesteueransätze sind auf Grund der damals vorhandenen Ertragsfähigkeit und des Verkaufs- oder Verkehrswerts der einzelnen Gebäude ermittelt worden. Der gemeine Wert der Gebäude hat sich aber seit dieser Zeit wesentlich geändert. Der hauptsächlichste Teil der hiesigen steuerpflichtigen Gebäude dient der Fremdenbeherbergung und der übrigen damit zusammenhängenden Benützungswiese. Die Rentabilität der zahlreichen Kurbetriebe ist in den letztverfloffenen Jahren gegenüber den in den Jahren 1908/09 erzielten sehr guten Erträgen erheblich zurückgeblieben. Dieser Umstand und die durch Kriegs- und Nachkriegszeit hervorgerufenen ungünstigen Verhältnisse sowie die schlechte Wirtschaftslage überhaupt wirken sich auf den Gebäudebesitz Wildbads jetzt viel nachteiliger aus, als dies an anderen Orten der Fall ist. Das trifft nicht nur für die Wertverhältnisse der Gebäulichkeiten der Kurbetriebe zu, sondern auch für alle übrigen Gebäude. Eine Besserung der Lage ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten und es liegt aus den angeführten Gründen bei sämtlichen Gebäuden eine sehr erhebliche Wertverminderung vor. Diefelbe beträgt bei allen Gebäuden mindestens 20 v. H. und ist als bleibend zu betrachten. Die Voraussetzungen für eine allgemeine Berichtigung des Gebäudekatasters im hiesigen Steuerdistrikt sind somit gegeben und es wird vom Gemeinderat beschlossen, an das Finanzministerium die Bitte zu richten, auf Grund des Art. 23 des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes vom 22. August 1922 für den Steuerdistrikt Wildbad eine allgemeine Berichtigung des Gebäudekatasters anzuordnen, da die dort genannten Voraussetzungen zutreffen.

Kelkame für das Bad. Für Werbezwecke werden von Kunsthandler Lud. Baumann hier 20 künstlerisch ausgeführte große Ansichten von Wildbad angekauft, die in Bahnhöfen, Wartesälen usw. zum Aushang kommen sollen. Außerdem wird die von Buchhändler Böbich in 20 000 Exemplaren herausgegebene Werbeschrift „Das kleine Buch von Wildbad“, das unentgeltlich verteilt wird, durch einen bis 1. Juli ds. Js. rückzahlbaren Vorschuß von 1000 M. unterstützt. Beide Ausgaben werden Kurtagmitteln entnommen.

Es werden noch kleinere Gegenstände und Verwaltungssachen erledigt.

Evangelisation in der ev. Stadtkirche. Am Sonntag mittag begann die Feier mit einem erhebenden Gesang des Calmbacher Chors. Am dem Beispiel des sprichwörtlichen Feldhauptmanns Raemann (2 Könige 5) sprach Hr. Röder über „Glänzendes Elend“. Raemann war ein trefflicher Mann, ein gewaltiger Mann, hochgehalten, aber aussächtig. (Der Aussatz wird in der Schrift verwendet als ein Bild der Sündhaftigkeit.) So hoch stand Raemann als Mensch und nach seiner sozialen Stellung. Und doch war er ein armer Mann. In seiner tiefen Not wurde ihm durch einen einfachen Menschen der Weg aus seinem Elend gewiesen, indem er auf Elisa hingewiesen wurde. Mit viel Geld sollte er seine Gesundheit erkaufen. Elisa ließ ihn den Weg des Heils wissen. Raemann in seinem Hochmut wollte zunächst den Weg nicht gehen. Erst auf die Bitten seiner Vertrauten folgte er den Worten Elisas und fing auch ein neues Leben an. Wir Menschen sind alle mit dem Aussatz der Sünde behaftet, hoch wie niedrig. Erlösung finden wir nur durch Jesu. Wenn man ihn nicht hat, ist man ein armer Mann. Alles kann man erlangen, wenn man sich unter seine Hand stellt und von innen heraus ein neuer Mensch wird.

— Ein erhebender Gesangsvortrag vom Chor des Herrn Prediger Müller leitete die Montag-Abendversammlung des Herrn Evangelisten Röder ein. An der Hand der Off. Joh., Kap. 22, 11—15, sprach der Redner von den „Zeichen der Zeit“: Führerlos gleitet die Menschheit der Katastrophe zu. Zwei große Richtungen lassen sich unterscheiden: die einen entfernen sich immer mehr von Gott, sie pflegen ihr eigenes Ich, die andern suchen immer engere Verbindung mit Gott. Alles drängt zu einer Entscheidung. Die führenden Männer aller Völker wollen nichts mehr vom Christentum wissen. Früher hielt sich das Böse zurück; Sitte und Christentum waren noch zu mächtig in unserem Volk. Jetzt ist es anders. Der Geist der Zeit, die satanischen Kräfte, arbeiten mit immer größerem Er-

folg auch an unserem Volke. Auf der andern Seite steht die Gemeinde Christi. Die Schrift verlangt, man soll Christus immer völliger anhängen. — Wo willst du hin, Menschentum? Noch einmal ergeht an unser Volk und auch an dich der Ruf. Es zeigt sich überall ein neues Heilsverlangen bei Alt und Jung und auch unter den Heiden. Christus wird kommen als der Herr, um einem Jeglichen zu geben nach Verdienst. Die schlechten Raten und die guten werden offenbar werden. Die schwerste Sünde

wird die sein: „was hast du mit Christus gemacht?“ Im Hinblick auf das Kreuz frage Christus. Dies tat er für dich; was tust du für mich?! Wer die Heilsgewissheit besitzt, der wird in die heilige Stadt einziehen. Es gibt aber auch ein Draußen, wo die Hunde (als Sinnbild der Unreinheit), die Zauberer und die Totschläger in Ewigkeit sein müssen. Willst du nicht draußen sein, so befehle dich zu Christus! — Ein ernstes Gebet beschloß die Feier mit der Mahnung, wenn man nicht ein und aus wisse, doch

in die tägliche Sprechstunde von 10—12 in der Herrnhilfe zu dem Redner zu kommen. Er diene gerne jedem.
Heute Dienstag abend findet ein weiterer Vortrag statt mit dem Thema: „Ein verhängnisvolles Daneben“. — Der letzte Abend am Mittwoch handelt davon: „Was ist dir das Kreuz von Golgatha“. Möge der Besuch der beiden Abende nochmals recht, gut sein!

Die Flucht in die Öffentlichkeit.

In Wildbad, wo man wohl genauer unterrichtet ist als in Stuttgart, haben „weite Kreise der Bevölkerung“ die sogenannte „Kleine Anfrage“ der Frl. Planck über angebliche Mißstände an der Höheren Reform-Lehranstalt höchst sonderbar empfunden.

Zu allem Ueberfluß mußte festgestellt werden, daß die Gegner der Reform-Lehranstalt die betr. Zeitungsnummer noch an Eltern von Schülern gesandt haben — ein Zeichen, wie systematisch und mit welchen Mitteln von der Gegenseite gearbeitet wird.

Namens und im Auftrag des gesamten Lehrkollegiums sowie des Präfekten habe ich deshalb den Brief und das Protestschreiben, welche diese an Frl. Planck, bzw. an das Kultministerium gerichtet haben, der Öffentlichkeit zu übergeben.

Von denjenigen Zeitungen, welche die den Tatsachen nicht entsprechende „Anfrage“ des Frl. Planck gebracht haben, darf ich wohl soviel Loyalität erwarten, daß sie auch von der heutigen Erwidrerung ihren Lesern Kenntnis geben und nicht so der Inanspruchnahme der Gerichte auf Grund des Reichspreßgesetzes entgehen.

Die Veröffentlichung des Protestschreibens der Direktion bleibt vorbehalten.

J. M. Rißinger,
Syndikus

der
Höheren Reform-Lehranstalt
Bad Wildbad (Schwarzwald).

An die

Deutschdemokratische Abgeordnete
Frl. Planck
Stuttgart.

Die durch die württemb. Presse und sogar durch den badischen „Pforzheimer Anzeiger“ erfolgte Veröffentlichung Ihrer sogen. „Kleinen Anfrage an die Württ. Regierung“ zwingen die Unterzeichneten in **Wahrung ihrer vollberechtigten Interessen und in Verteidigung der eigenen, schwerverletzten Berufsehre** zu diesem Schritt der allerenergischsten **Abwehr**:

Sie haben auf die in dieser Anfrage gestellten Behauptungen folgendes zu erklären, bzw. zu fragen:

- 1) Die Unterzeichneten verkennen nicht die hohe Würde einer Abgeordneten, glauben jedoch, daß dieser erhabenen Stellung auch um so höhere Pflichten gegenüberstehen. Deshalb fragen sie: **„Hat die Abgeordnete bei Erhebung ihrer ungerichteten Vorwürfe die ihr von ihren Gewährsmännern zugewandenen Unterlagen auch mit derjenigen Sorgfalt geprüft, wie sie die Schwere der Beschuldigung und die Achtung vor dem Stand der Lehrer unbedingt erfordern?“**
- 2) Die Abgeordnete rügt zunächst „schwere Mißstände an der Höheren Reform-Lehranstalt in wissenschaftlicher Hinsicht“. Hierzu fragen die Unterzeichneten: Was versteht die Abgeordnete nach Ihren Begriffen unter solchen Mißständen? Ist sie oder sind ihre Gewährsmänner in der Lage, einzelne konkrete Fälle zu benennen, und ist sie befähigt, Beweise für diese nur von Fachleuten zu beurteilenden Fragen zu erbringen?

Glaubt die Abgeordnete selbst nicht auch, daß sie mit derartigen Behauptungen das Empfinden und die Ehre der an der Anstalt tätigen Lehrer auf das schwerste treffen müßte, da diese doch in erster Linie für den wissenschaftlichen Stand der Schule voll und allein verantwortlich sind?

Zu der Beanstandung wissenschaftlicher Mängel stellen die Unterzeichneten unter lebhaftester Zurückweisung der erhobenen Vorwürfe auch an dieser Stelle ausdrücklich fest, wie sie das schon in einem **Protestschreiben** an das Kultministerium getan haben.

„daß sie bei Übernahme ihres Dienstes an der Höheren Reform-Lehranstalt Mißstände in wissenschaftlicher Hinsicht, die für sie Veranlassung zu Beanstandungen irgendwelcher Art geboten hätten, niemals wahrgenommen haben und solche auch bis heute nicht feststellen konnten.“

Weiter betonen sie auf Grund der langjährigen Erfahrungen, die sie zum Teil selbst an Privatschulen gemacht haben, **„daß sie die Schule in jeder Beziehung auf derselben Höhe angetroffen haben, auf der alle übrigen genehmigten Privatschulen zu stehen pflegen.“**

- 3) Die Abgeordnete spricht weiter von „schweren Mißständen in sittlicher Hinsicht, die seit Jahren an der Anstalt in Erscheinung getreten seien“. Auch hier wird eine nähere Detaillierung oder die Angabe von Einzelfällen vermieden. Ebensov wenig wie bei der ersten Beanstandung wird auch hier nur der leiseste Beweis für die Behauptungen angetreten. Die Unterzeichneten fühlen sich auch von diesem zweiten Vorwurf schwer verletzt und glauben aus diesem Grunde, mit gutem Recht die Frl. Abgeordnete um die Mitteilung konkreter Fälle und um die Angabe etwa ihr vorliegender Beweise ersuchen zu dürfen.

„Unter schärfster Zurückweisung der unbegründeten Angriffe haben die Unterzeichneten auch zu diesem Punkt ihrerseits mit allem Nachdruck festzustellen, daß ihnen während ihrer Dienstzeit nicht eine einzige Tatsache bekannt wurde, die als ein sittlicher Mißstand in schulischer Hinsicht zu rügen war.“

- 4) Die Abgeordnete behauptet ferner, daß dieser Sache wegen in weiten Kreisen eine lebhafteste Beunruhigung herrsche.

Das Lehrkollegium ist erstaunt über eine derartige Äußerung, **„umso mehr, als nach seinen eigenen Wahrnehmungen an Ort und Stelle davon nicht im entferntesten die Rede sein kann.“**

Geradezu empörend aber muß es wirken, daß die Abgeordnete sich sogar verpflichtet fühlt, die Staatsregierung aufzufordern, Maßnahmen zum Schutz der Wildbader Jugend vor weiterer sittlicher Gefährdung zu treffen.

Die Unterzeichneten fassen dies als direkte schwere persönliche Beleidigung auf und möchten nicht versäumen, der Abgeordneten an dieser Stelle zu erklären,

„daß sie die Verantwortung für die Erziehung und Bildung der in der Höheren Reform-Lehranstalt untergebrachten Schüler während ihrer Dienstzeit voll und ganz tragen, die diesbezüglichen Angriffe der Abgeordneten nicht zu scheuen haben, und daß sie den Kampf um ihre Ehre mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln führen werden.“

- 5) Wenn die Abgeordnete außerdem von „persönlichen Verleumdungen“ des Schulleiters spricht, so ist es auch den Unterzeichneten bekannt, daß gegen den Direktor der Anstalt ein gerichtliches Verfahren eingeleitet ist, und **„daß derselbe gegen die Denunzianten nach Erledigung des Verfahrens Anzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung usw. erstatten wird.“** Höchst verwunderlich ist es, wie die Abgeordnete zu solchem Wissen kommt und die „Verleumdungen“ bereits

als bekannt und erwiesen voraussetzt, nachdem doch die gerichtliche Entscheidung in diesem Falle noch gar nicht gefallen ist. Ebenso sonderbar ist es, die behaupteten „Verleumdungen“ mit der Schule in Zusammenhang zu bringen und daraus etwa eine Gefährdung der Schüler zu konstruieren. Die Unterzeichneten wären der Abgeordneten sehr verbunden, wenn sie sich herablassen würde, ihre nähere Erklärung und Begründung auch dieses Punktes mitzuteilen.

Schließlich halten sie sich verpflichtet, die Abgeordnete darauf aufmerksam zu machen, daß ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren nicht den Grundsätzen des deutschen Rechts entspricht und die Vorwegnahme des Urteils unter Umständen einen nicht mehr gutzumachenden Schaden in materieller und ideeller Hinsicht zu verursachen vermag.

Da den Unterzeichneten bei der allzu allgemeinen Fassung der angestellten Behauptungen eine eingehendere Stellungnahme unmöglich und andererseits bei der Schwere der Vorwürfe eine energische Abwehr für das gesamte Lehrkollegium in Rücksicht auf seine Berufs- und Standesehre unerlässlich ist, wird wohl auch die Abgeordnete trotz ihrer Immunität — vielleicht im eigenen Interesse einer raschen Erledigung des Falles — den Angegriffenen das Verlangen nach näherer Information und nach Begründung ihrer Äußerungen als berechtigt zugestehen müssen.

Gleichzeitig wird Abschrift des Protestschreibens des Lehrkollegiums sowie des Präfekten der Lehranstalt an das Kultministerium zur Kenntnisnahme beigelegt.

Gez.: Prof. v. Raab,
„ Studien-Inspektor Kerri,
„ Studienrat Klein,
„ Prof. Stoebe,
„ R. Butzer.

Bad Wildbad, 26. Februar 1926.

An das

W. Kultministerium, Stuttgart.

Auf Grund der in dem „Neuen Stuttgarter Tagblatt“, Nr. 91 vom 25. Februar 1926, veröffentlichten „Anfrage“ der demokratischen Landtagsabgeordneten Frl. Planck über angebliche „schwere Mißstände“ an der Höheren Reform-Lehranstalt in Wildbad beehre ich mich dem hohen Ministerium folgende Ausführungen zu unterbreiten:

Ich bin seit längerer Zeit Präfekt an der erwähnten Anstalt und habe neben der Wahrnehmung des Turnunterrichts insbesondere die Aufsicht und Erziehung der in der Anstalt untergebrachten Schüler außerhalb der Unterrichtsstunden, die muß es als unberechtigten und unbegründeten Vorwurf zurückweisen, wenn in der Anfrage der oben genannten Abgeordneten von „schweren Mißständen in sittlicher Hinsicht“ gesprochen wird.

Auf Grund meiner Tätigkeit und des ständigen Verkehrs mit den Schülern sehe ich mich veranlaßt, hiermit festzustellen, daß ich seit meinem Dienstantritt bis heute nicht die geringste sittliche Verfehlung eines Schülers feststellen konnte, trotzdem ich es stets als meine wichtigste Aufgabe betrachtet habe und betrachte, die mir anvertrauten Schüler gerade in sittlicher Beziehung auf das strengste zu überwachen. Somit ist es mir völlig unbegreiflich, wie die Abgeordnete zu der Aufforderung an die Regierung kommt, „die Jugend der Stadt W. vor weiterer sittlicher Gefährdung zu schützen“.

Von einer „Beunruhigung in weiten Kreisen“ der hiesigen Bevölkerung konnte ich ebenfalls seit meinem Aufenthalt in Wildbad nicht die geringste Spur wahrnehmen.

Gez.: Riese,
Präfekt
an der
Höheren Reform-Lehranstalt.

...aber was? Rahma-buttergleich

MARGARINE

Volksbegehren, Enteignung der Fürstenvermögen betr.

Die Eintragungsfrist hat der Reichsminister des Innern durch Verordnung vom 15. Februar 1926 auf die Zeit vom Donnerstag, den 4. März, bis einschl. Mittwoch, den 17. März 1926 festgesetzt.

Die Listen liegen hier zur Einzeichnung im Meldeamt von vorm. 8 bis 12 Uhr und nachm. von 2—6 Uhr auf. In den Sonntagen, 7. und 14. März, liegen die Listen von vorm. 10—12 Uhr bei genannter Stelle zur Einzeichnung auf.

Wildbad, den 1. März 1926.

Stadtschultheißenamt.

Kurverein Wildbad.

Zwecks Aufstellung der neuen Wohnungsliste werden die Pensionen und Privatzimmervermieter gebeten, die Zahl ihrer verfügbaren Zimmer und Betten mit Preisangabe bis spätestens 6. März dem Verkehrsbüro mündlich oder schriftlich mitzuteilen. (Die Aufnahme erfolgt kostenlos für alle Mitglieder.)
Der Vorstand.

Suche

für bald oder später für ein bescheidenes, fleißiges, junges Mädchen passende

Stellung als Servierfräulein.

Offerten unter M. L. an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Fräulein, mit fämil Büroarbeiten vertraut (perfekt in Stenographie und Maschinenschreiben) mit besten Zeugnissen, sucht am liebsten Jahresstellung. Angeb. unter S. S. an die Tagblattgeschäftsstelle.

Dixin
Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für Maschinenwäsche zu verwenden!
Ohne Chlor.

Reine Haut

Umsonst teilen wir mit, wie Hautausschläge, Flechten (nässende und trockene), Mitesser, Pickel, rauhe, großporige Haut, Wundsein, Gesicht- und Nasenröte, Sommersprossen usw. schnellstens zu beseitigen sind, wenn auch schon jahrelang vergeblich Hilfe gesucht worden ist. Nur einmalige kleine Ausgabe, D. R. P. Keine Salbe, keine Tinkturen oder Tee. Verblüffend in Anwendung und Erfolg.

Sanitas-Depot, Charlottenburg 5
Abteilung: R 470

Forstamt Wildbad. Reifig-Verkauf.

Am Freitag, den 5. März 1926 nachmittags 6 Uhr in Wildbad in der Rennbachbrauerei aus Staatswald Distr. I, Wildbad, Abt. 10 Hannefeshütte, 11 Ob. Lehenwaldebene, 12 Rottannenbusch, 14 Kriegswaldkopf, 15 Eifelslinge, 16 Hohe Dohle, 18 Reiberbrandebene, 21 Baulinshöhe, 25 Rennbachhalde; ferner aus Distr. III, Meißlern, Abt. 5 Rinkensteig, 12 Neurif, zusf. 2800 St. gejd. Radelholzwellen.

Mittwoch, den 3. März, vormittags 1/2 10 Uhr,

kommen beim Bahnhof-Hotel
1 großer Schrank,
1 polierte Bettl. mit Kofst,
1 Sopha, Stühle,
1 Waschkommode,
2 Deckbetten usw.
zur freiwilligen Versteigerung.

Flammkuchen
Tische, Stühle, Lampen
sowie gute Qualität
Bambusgesch.
Danzig
zu verkaufen!

Suche

1 möbl. Zimmer (2 Betten) Küche oder Küchenbenützung,
1 möbl. Zimmer (1 Bett), von Mai bis Oktober.
Angebote unter A. A. an das Wildbader Tagblatt.

Größerer Raum

geeignet für Werkstatt oder Lagerraum ab 15. April 1926 zu vermieten.
Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Metallbetten

Stahlmatten, Kinderbetten günstig an Private. Katal. 2862 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Erstklassiges Rühfleisch

ist zu haben.

Hermann Schmidt.

